



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/70 - 25. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24821-38
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu Bulganins Brief an Adenauer	S. 1
Das Ergebnis von Bermuda	S. 3
Zum Düsseldorfer Landesparteitag der FDP	S. 4
Rüge für Dr. Gerstenmaier	S. 6

Die Verlogenheit des schlechten Gewissens

G.M. Der Brief des sowjetischen Regierungschefs Bulganin an Bundeskanzler Dr. Adenauer hat als erstes Echo die bei allen Parteien übereinstimmende Feststellung ausgelöst, dass Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow nicht in Frage kommen. Das war nicht anders zu erwarten.

Die Verlogenheit des schlechten Gewissens kommt jedoch in einer Stellungnahme des SPD (Pressedienst der CDU/CSU) zum Ausdruck. Dort heisst es,

"dieser Brief vernichtet eine weitere Illusion, nämlich die von der SPD immer wieder vertretene Auffassung, ein Zur-Debatte-Stellen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO könne Moskaus Bereitschaft zu Gesprächen über die Wiedervereinigung fördern, während offensichtlich angesichts der Ereignisse im osteuropäischen Satellitenbereich der sowjetische Regierungschef die vorherige Anerkennung des Unrechtsregimes von Pankow als eines zweiten souveränen gleichberechtigten deutschen Staates zur ersten Vorbedingung macht. Wir sind überzeugt, dass die deutsche Wählerschaft am 15. September dieses Jahres dazu eine klare Antwort geben wird."

Dieser im Zusammenhang mit dem Bulganin-Brief durch nichts zu rechtfertigende Hinweis auf die Wahl ist ein schlecht gelungener Versuch, die deutsche Öffentlichkeit von der Tatsache abzulenken, dass seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO jedes erfolgversprechende internationale Gespräch über die Wiedervereinigung Deutschlands praktisch blockiert ist. Hier spricht die Ratlosigkeit derjenigen Politiker, die vor noch nicht allzu langer Zeit erklärt hatten, dass die Wiedervereinigung "nur über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erreicht" werden kann.

Erinnern wir uns: als Adenauer in Moskau war, sagte Chruschtschow

einmal beiläufig: "Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht." Der sowjetische Parteichef brachte auf diese etwas saloppe Weise zum Ausdruck, was die offizielle russische Politik vor und nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erklärt hatte. Nämlich, dass dieser Schritt von Moskau als politisches Faktum anerkannt werde, über das man nicht mehr zu reden brauche. Gleichzeitig erklärte Moskau aber, man hätte eine andere Lösung zwar für vernünftiger gehalten, aber da man es in Bonn nicht anders wolle, müsse man den nun geschaffenen Tatbestand respektieren und sei bereit, auch mit der Bundesrepublik als "soveränem deutschen Staat" die gleichen guten diplomatischen Beziehungen zu unterhalten, wie mit dem anderen "soveränen deutschen Staat", der sogenannten DDR.

Alles, was sich nachher entwickelte - einschliesslich der Briefwechsel zwischen Bulganin und Adenauer über die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion - spielte sich auf der Grundlage dieses "Tatbestandes" ab.

Die Frage, ob durch Beseitigung der von den Sowjets als "politisches Faktum" anerkannten Bindung der Bundesrepublik an die NATO ein neuer Tatbestand und möglicherweise der Beginn von erfolversprechenden Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen werden könnte, steht auf einem anderen Blatt. Diese Frage ist nämlich von der jetzigen Bundesregierung noch nicht gestellt worden!

Beim Studium des Textes der letzten-Bulganin-Botschaft an Adenauer wird ganz klar ersichtlich, dass man sich in Moskau offenbar bewusst zunächst darauf beschränkt, mit Bonn ausschliesslich über Themen zu sprechen, die ausserhalb des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands stehen. Man "respektiert" - wenn dieser Ausdruck erlaubt ist - in Moskau also den oft genug erklärten Willen Bonns, keine andere Plattform für das Gespräch zuzulassen, als diejenige, die von der jetzigen Bundesregierung selbst gewählt wurde. Die Plattform eines "soveränen deutschen Teilstaates."

Um so berechtigter ist unter dieser Umst. nach die Forderung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wilhelm Mellies, der am Wochenende zum Bulganin-Brief erklärte, die Bundesregierung müsse nun in ihrer in Aussicht gestellten Antwort auf die Deutschlandfrage an Moskau ihre aussenpolitische Konzeption revidieren. Es sei kaum anzunehmen, dass die Sowjets der Wiedervereinigung zustimmten, so lange die Bundesrepublik der NATO angehöre. Die allein aussichtsreiche Lösung könne nur darin bestehen, dass beide Teile Deutschlands aus den Militärblöcken ausscheiden und das wiedervereinigte Deutschland einem kollektiven Sicherheitssystem als Mitglied beitrete.

Ist der Bruch gekittet?

ler. Seit der missglückten britischen Suezinvasion lagen auf den Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten schwere Schatten, das einstmalige innige Verhältnis war im Kern getroffen. Dem Nachfolger Edens, MacMillan bleibt es vorbehalten, die tiefgreifende Verstimmung zwischen beiden Ländern wieder aufzuhellen, wobei er unter dem Handicap leidet, dass er als Außenminister unter seinem Vorgänger selbst zu den Architekten des missglückten Suezabenteuers gehörte. Das Opfer des britisch-französischen Einseitigens am Nil war zunächst das atlantische Bündnis, das fast zerbrach.

Die Geschehnisse vom letzten Oktober mit ihren weitreichenden Folgen lassen sich nicht mehr rückgängig machen. Die Geschichte kennt in den wenigsten Fällen eine Wiederherstellung des Status quo. Großbritannien, das mit Frankreich auszog, um Nasser zu demütigen und ihn sogar zu stürzen, hat nicht nur durch diese kapitale Dummheit das gerade Gegenteil erreicht, es ist auch als eine einst beherrschende Macht im Mittleren Osten völlig ausgeschaltet und muss nun seine Rolle in diesem Teil der Erde den Vereinigten Staaten überlassen. Eine gemeinsame westliche Politik ist im Vorderen Orient nicht mehr möglich und denkbar, von einer gemeinsamen Marschroute kann nicht mehr die Rede sein. Die Beherrscher der arabischen Länder tendieren, mit dem Seitenblick nach Moskau, nach Washington und nicht mehr nach London, dieser durch die Suezaktion beschleunigte Positionswandel drückt der Zukunft dieser Staaten und ihren Beziehungen zur Außenwelt den Stempel auf.

Der britische Premierminister kommt freilich nicht mit leeren Händen von Bermuda zurück. Eisenhower wollte der Sonderstellung, die Großbritannien durch seine weltweiten Verpflichtungen als Commonwealth und in der NATO einnimmt, Tribut, indem er der Lieferung von amerikanischen Fernlenk Waffen auf Pacht- und Leihbasis für die britische Armee zustimmte. Das wird ohne Zweifel das seit Suez schwer angeschlagene britische Selbstbewusstsein heben. Auch die USA konnten sich nicht der britischen Zwangslage verschließen, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die Aufrüstung mit konventionellen und atomaren Waffen die materielle und personelle Leistungskraft Englands weit überfordert. Durch

die Lieferung von amerikanischen Ballistikraketen wird Grossbritannien in der Lage sein, selbstbewusster gegenüber der Sowjetunion in europäischen Angelegenheiten aufzutreten und sowjetischen Drohungen, wie sie in dem berühmten Brief Bulganins im Oktober vorigen Jahres gefallen sind, weniger anfällig sein.

Ein grosser Gewinn dieser Bemühungsbegegnung ist ohne Zweifel die Bereitschaft, künftige Atombombenversuche unter den Augen von sowjetischen Beobachtern zu vollziehen - wenn die Russen nun ihrerseits zu dem gleichen Entgegenkommen entschlossen sind. Wird diese Bereitschaft von belebender Wirkung auf die in dieser sachlichen und von sonst so gewohnten propagandistischen Beigeschmack befreiten Verhandlungen in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen sein? Schon eine gegenseitige, im Rahmen der UNO geführte Kontrolle der A- und H-Bombenversuche wäre ein gewichtiger Schritt zur Beseitigung jenes Misstrauens, an dem bisher die Bemühungen um ein Verbot der A-Bomben scheiterten.

Der Punkt 6 des Kommuniqués enthält erneut eine Bekräftigung der Absicht, für das Recht des deutschen Volkes auf baldige Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit einzutreten. Solche Erklärungen gehören zum eigenen Bestandteil aller westlichen Deklarationen über die Deutschlandfrage. Sie bleiben Deklarationen, so lange sie nicht mit konkretem Inhalt erfüllt sind und aus der Maginet-Mentalität das erstarrte Denken durch neue und kühne politische Initiativen hinausführen. Davon war jedoch bei diesem Treffen beider Staatsmänner kein Raum zu spüren. Der Punkt 2 des Kommuniqués beinhaltet zwar das gemeinsame Interesse an der Entwicklung der "europäischen Einheit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft", aber genau das ist der Punkt, wo sich eine europäische Einheit mit Einschluss eines wiedervereinigten Deutschland nicht herbeiführen lässt, wenn atlantische Gemeinschaft gleichbedeutend mit dem militärischen Inhalt der NATO ist.

* * *

FDP in der Sphinxrolle

sp - Der ordentliche Parteitag des Landesverbandes der FDP von Nordrhein-Westfalen am Freitag und Sonnabend war trotz seines regionalen Charakters eine sehr wichtige Vorentscheidung im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf. Denn Nordrhein-Westfalen ist heute der grösste und schlagkräftigste Landesverband der Partei, seine Führung bestimmt seit dem Frühjahr 1956 ganz wesentlich die Bundespolitik der Partei mit. Weyer und Döring sprachen, wie immer, zupackend und ungekünstelt, Mandé, der in seinem aussenpolitischen Referat vielen Grundthesen der SPD sehr nahe kam, etwas konventionell und routiniert, Reinhold Maier abwägend und wohlüberlegt. Er hält heute väterlich die Hand über seinen angestümen jungen Freunden, die ihm sicher herzlich sympathisch sind. Und ihnen wird jedesmal von neuem ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie ihn und nicht mehr den ach so geschätzten aber eben unberechenbaren Dekler als ersten Vorsitzenden auf das Pult zugehen sehen.

Dass man sich gerade die Stadt einer besonders schweren Niederlage in den letzten Kommunalwahlen, Köln, als Tagungsort ausgesucht hatte, und Weyer in seinem ersten Satz sogar ausdrücklich darauf

verwies, entsprach einer in der ganzen Partei vorbereiteten "Kun-eres-recht"-Stimmung, dem festen Willen, das so unangenehm vorwiegend auf die zwei grossen Blöcke der SPD und CDU gerichtete politische Interesse von diesen Fort auf sich hinzulenken. Die FDP steuert mit aller Entschlossenheit darauf hin, eine möglichst wirksame "Dritte Kraft" im deutschen Parteigeüge zu werden.

Deshalb die immer wiederkehrende Forderung, die zur Festlegung geworden ist: Keine Regierungsunterstützung einer Partei, die mehr als 51% im neuen Bundestag erhalten sollte. Dies ist Erfahrung und Folge aus dem Satellitendasein neben der CDU in den letzten Jahren. Die grosse Hoffnung der FDP ist natürlich, dass weder die SPD noch die CDU diese absolute Mehrheit erhalten und dass infolgedessen sie selbst den Ausschlag bei der Regierungsbildung geben werde. Andererseits war vor allem Weyer bemüht, eine solche heiss ersehnte Züngleinan-der-aage-Rolle zu verharmlosen und zu sagen: Nicht dies sei der eigentliche Sinn der freidemokratischen Bemühungen, sondern eben die Etablierung einer Dritten Kraft, um das gefährliche Übergewicht einer der beiden grossen Parteien diesmal zu verhindern. Das Ärgste wäre nach Meinung der FDP die "schwarz-rote Koalition". Und nur beiläufig und im persönlichen Gespräch wird das Rezept dagegen, wenn das Unglück geschehen sein sollte, genannt: Opposition in der dritten Legislaturperiode mit der Hoffnung, in dieser Situation als vermutlich einzige ernste Oppositionspartei weit über den gegenwärtigen Stand hinauszuwachsen und 1961 die Früchte dieser Politik einzusammeln.

Aber alles in allem gibt man sich doch sehr selbstsicher. Und man befeuert dieses Selbstbewusstsein mit der für einen Freien Demokraten gewiss anziehenden Vorstellung, in jeder Kombination mit einem ungleich grösseren Partner, der nicht die absolute Mehrheit hat und deshalb auf die FDP angewiesen sei, werde die FDP der eigentlich bestimmende Faktor sein. Sozusagen als späte Rache für

erlittenes Satellitenunrecht.

Mende sagte dies so: "Uns Freie Demokraten verbindet vieles mit der CDU, vor allem teilen wir die wirtschaftspolitischen Vorstellungen Professor Ernards. Uns verbindet aber auch vieles mit den Sozialdemokraten, insbesondere in der Wiedervereinigungsfrage. Wir werden dann nicht mit der CDU in eine Regierung treten können, wenn die CDU nicht mehr für die Wiedervereinigung tut als bisher. Wir werden ebenso mit keiner SPD zusammenarbeiten können, die auch nur den Versuch machen würde, die freie Wettbewerbswirtschaft durch sozialistische Experimente zu erdrosseln". Das heisst etwa nach dem Rezept verfahren: In den Fragen, in denen wir, die FDP, mit euch anderen ohnehin übereinstimmen, gehen wir nach; in den anderen mußt Du, CDU, oder Du, SPD, nachgeben, wenn Du unser Partner werden willst. So einfach wird es nicht gehen. Zum anderen: Was geschähe, wenn die CDU Zusagen für eine aktivere Wiedervereinigungspolitik machen, und die SPD auf "sozialistische" (womit wohl "Sozialisierungs-Experimente" gemeint sind) verzichten sollte? Diese könnte dies ja umso leichter, als sie an experimentelle, also probeweise und in ihrem Ausgang ungewisse Massnahmen nie gedacht hat.

Das Fazit: Die FDP wird also, was nochmals von allen Sprechern unterstrichen wurde, vorher nicht sagen, mit wem sie sich verbinden will. Es wird ihr gewiss nicht leicht fallen, bis zum 15. September in dieser Abstinenz zu verharren, aber sie will es versuchen, mit der Erklärung, eine vorherige Festlegung würde ihre Unabhängigkeit ernstlich gefährden. Sehr wohl ist keinem der führenden FDP-Männer dabei.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass mehr und schärfere Kritik die CDU erfuhr und dass, wenn Döring auch sagte, er habe durchaus nicht "Düsseldorfer" als Modellfall empfohlen, die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in NRW mehr als einmal lobend erwähnt wurde. Auf der anderen Seite erhielt Middelhaue besonders starken Beifall mit seinem Diskussionsbeitrag für eine extreme freiwirtschaftliche Politik und seiner Philippika gegen "den gefährlichen Trend zum Versorgungsstaat", gegen eine "zu weit gespannte Sozialpolitik". Döring wieder hatte gesagt, man müsse "sozial glaubwürdig" werden. Müsste man glaubwürdig schlechthin nicht zunächst dadurch werden, dass man solche Widersprüche ausräumt?

Trotzdem kann die Partei, aufs Ganze gesehen, feststellen, dass sie wieder einen grösseren Grad an Geschlossenheit erreicht hat. Auch das starke Echo für Dörings Kampfansage gegen einen "Superindividualismus" und einen "Überdrehten, kleinlichen Freiheitsbegriff", zeigte das. Die operative Beweglichkeit der Partei wird dadurch erheblich erhöht - wenn es so bleibt.

Was der "Ketteler Wacht" missfällt

Von Maria Meyer-Sevenich, MdL.

Unter der Überschrift: "Sechs Stimmen fehlten", wendet sich das Organ der Katholischen Arbeiterbewegung, die "Ketteler-Wacht", in der März-Ausgabe 1957 gegen diejenigen Abgeordneten der CDU/CSU, die kürzlich im Bundestag vorsätzlich oder fahrlässig "verschuldet" hätten, dass die Strafbarkeit kirchlicher Eheschliessungen, ohne vorausgegangene Ziviltrauung, bestehen blieb. Ausdrücklich nimmt sich das Blatt den evangelischen Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier auf's Korn und meint:

"Er mochte zwar der Meinung sein, dass er als evangelischer Christ eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen getroffen habe, politisch gesehen war seine Entscheidung dennoch falsch, ja verhängnisvoll".

Das besagt doch wohl, dass ein evangelischer Christ der "Union" - nach Ansicht der "Ketteler-Wacht" - politisch falsch entscheidet (auch wenn seine Gewissensentscheidung richtig sein mag!), wenn er zu anderen Ergebnissen als seine katholischen Freunde kommt; und ein solcher Fehler wird geradezu als "Verhängnis" gewertet, wenn er für die Sachentscheidung des Parlaments von Gewicht ist.

Die Fraktion der "Union" hat im Bundestag zur Zeit noch die absolute Mehrheit. Nahezu 2/3 der Angehörigen dieser Fraktion sind katholisch, eine bescheidene Minderheit evangelisch. Von der Bevölkerung der Bundesrepublik (gar nicht zu sprechen von Gesamtdeutschland!) bekennen sich aber weniger als die Hälfte zur römisch-katholischen, mehr als die Hälfte zur evangelischen Kirche.

Die katholischen Mitglieder der CDU dürften als für sie verbindlich betrachten, was ein Papstwort besagt:

"In der Erfüllung ihrer Aufgabe hat die christliche Demokratie die strikte Verpflichtung, sich von der kirchlichen Obrigkeit abhängig zu halten, indem sie den Bischöfen und ihren Vertretern gänzliche Unterwerfung und gänzlichen Gehorsam erweist".
(Motu proprio vom 18.12.1903)

Den gleichen Standpunkt vertreten zwei deutsche Bischöfe in ihren diesjährigen Fastenhirtenschriften; und zwar gegenüber katholischen Laien, die sich in Fragen der weltlichen Ordnung - entgegen der in päpstlichen oder bischöflichen Hirtenschriften bekundeten Ansicht - auf die eigene Gewissensentscheidung beriefen. Der Erzbischof von Freiburg meinte dazu,

- Übrigens in klarem Widerspruch zur Ansicht seines Amtsvorgängers im "Handbuch für religiöse Gegenwartsfragen," Freiburg 1938, - es gäbe für den katholischen Laien überhaupt keine Gewissensentscheidungen gegenüber den Worten der kirchlichen Oberen:

"Um es kurz und schlicht zu sagen: sie verpflichten zum Gehorsam".

Das ist zwar dogmatisch nicht zu halten, aber die stets behauptete Grundlage eines bestimmten Klerikalismus. Hiernach kann nicht zweifelhaft sein, welcher Art die Meinungsbildung des katholischen CDU-Flügels ist.

Das alles ist deswegen von so ausserordentlicher Bedeutung, weil die nämlichen Verfechter "christlicher" Politik - in der Auseinandersetzung mit den Gegnern der CDU/CSU - stets behaupten, um nur einen ihrer Wortführer, Prof. Dr. Bosch, zu zitieren:

"Es mag denjenigen, der der (katholischen) Kirche fernsteht, mit Bedauern erfüllen, dass für den (katholischen) Christen eine völlig untrennbare Verflochtenheit der weltlichen und religiösen Problematik vorliegt, deshalb vorliegen muss, weil der Mensch als Bürger und als Wesen religiös-sittlicher Bestimmung geboren ist".

In der Tat rechnet die gleiche "Ketteler-Wacht" die "politisch falsche Entscheidung" des Bundestagspräsidenten in der Frage der Strafbarkeit kirchlicher Beschlüsse der Sozialdemokratie als "Beweis" ihrer "anti-kirchlichen" Haltung an.

Über die Erfordernisse und praktischen Möglichkeiten gemeinsamer "christlicher" Politik von Katholiken und Protestanten in der "Union" hört man in CDU-Wahlversammlungen immer viel Gutes. Darum ist es sehr zu begrüßen, dass am Beginn des Bundestagswahlkampfes 1957 der evangelische CDU-Mann, Dr. Gerstenmaier, gerügt wurde, weil er - zwar in seinem evangelischen Gewissen richtig, aber - politisch falsch, ja verhängnisvoll entschied, als er sich - wider die Forderung der katholischen Kirchenführung - der Stimme enthielt. Und auch die innerkatholische Auseinandersetzung über die Gehorsamspflicht, die keine Gewissensgrenzen kennt, ist ein wesentlicher Beitrag zur Klärung des Begriffes: Union katholischer und evangelischer Christen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel